

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max H. Schmidt, Dresden, K. L. Marienstraße 28/29

Druck: Max H. Schmidt, Dresden, K. L. Marienstraße 28/29

Abdruck: Max H. Schmidt, Dresden, K. L. Marienstraße 28/29

Der Kanzler an die Weltöffentlichkeit

Papen über die Forderungen Deutschlands

Neuport, 28. Juli. Reichskanzler v. Papen äußerte sich der „United Press“ gegenüber eingehend über die Absichten seiner Regierung. Der Kanzler hob zunächst hervor, der rascheste Weg zur Wiederherstellung der Wohlfahrt der Welt bestünde darin, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne zurückerhalte.

Die Welt könne nicht wieder zu Wohlstand gelangen, bevor nicht Deutschland seine Stellung als gleichberechtigter Staat wieder einnehme.

Das gelte sowohl für das moralische und politische Gebiet wie für Wirtschaftfragen. „Meine Regierung“, erklärte er, sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, Deutschland die wirtschaftliche und politische Stellung im Völkerleben zurückzugewinnen, auf die es Anspruch hat. Bei Erfüllung dieser Funktion würden wir nicht nur die Lebensfähigkeit Europas erhöhen, sondern auch in erheblichem Maße zur Lösung der gesamten Weltkrise beitragen. Dabei habe ich selbstverständlich im Auge, daß im Interesse der Welt

den ungeheuerlichen Diskriminationen, deren Gegenstand Deutschland durch den Versailler Vertrag geworden ist, ein Ende gemacht werden muß

und daß z. B. die moralische Rechte Deutschlands, die in der Kriegsschuldfrage liegt und in der Wegnahme unserer Kolonien zum Ausdruck kommt, die unter der Begründung erfolgte, daß wir die schlechtesten Kolonialverbrechen der Welt seien, abgelehrt werden muß. Der Kampf gegen diese Rechtsbestimmungen wird unerbittlich fortgeführt werden.

Ueber die Stabilität seiner Regierung befragt, meinte der Kanzler, daß sich wegen der Ungewißheit des Ausgangs der Wahlen am Sonntag für das Geschick seiner Regierung kaum eine Prognose stellen lasse. Er erwähnte jedoch

Wahrscheinlichkeit, daß die Nationalsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen eine Mehrheit im Reichstage erzielen,

oder daß diese Parteien gemeinsam mit dem Zentrum das neue Kabinett bilden oder daß sie sich schließlich auch auf die Stützung der gegenwärtigen Regierung einigen könnten. Auf die Frage, ob Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung in Völkerverträgen bedeute, daß Deutschland aufrücker solle, wenn die anderen Mächte nicht abrückten, erklärte der Kanzler: „Nein. Wir wollen

ein Heer lediglich für unsere eigene Sicherheit und den Schutz unserer Grenzen, die keineswegs so gefährlich sind wie die Grenzen Frankreichs.

Das heißt nicht, daß wir ein Heer verlangen, das Mann für Mann so stark ist wie das Frankreichs, sondern daß wir auf moralischer Ebenbürtigkeit und dem Recht bestehen, eine moderne militärische Ausrüstung zu besitzen.“

Auf die Bitte, seine Auffassung über die deutsch-französischen Beziehungen näher darzulegen, betonte der Kanzler, daß er nie ein militärisches Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen habe. Er habe jedoch bei Herrschaften gelegentliche Besprechungen zwischen den Generälen Deutschlands und Frankreichs angeregt, die dazu dienen sollten, Mißtrauen zu zerstreuen und beiden Staaten Sicherheit zu gewährleisten.

Auf die Frage, ob nach seiner Ansicht die Wiederherstellung Deutschlands auch die Wiedereinführung der Monarchie mit sich bringen würde, meinte der Kanzler unter anderem: „Wir haben andere Probleme zu lösen, die weit wichtiger sind. Die ganze Frage ist heute nicht aktuell.“ Hinsichtlich der inneren Verhältnisse Deutschlands betonte der Kanzler,

der Staat sei durchaus in der Lage, mit der kommunistischen Gefahr fertig zu werden.

Der gegenwärtige Kampf seiner Regierung gegen den Kommunismus richte sich gegen den geistigen und kulturellen Bolschewismus. Er fügte hinzu, daß die kommunistische Partei nach den Reichstagswahlen nicht aufgelöst oder außerhalb des Gesetzes gestellt werden soll.

Hinsichtlich der Privatverschuldung Deutschlands betonte der Kanzler, daß Deutschland durchaus die Absicht habe, seine Schulden zu tilgen. Wenn die

Frage nach einer Herabsetzung der Zinsen für Deutschlands private Schulden

an das Ausland zur Erörterung komme, so werde Deutschland gewiß nicht einseitig Schritte in dieser Richtung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe unverzüglich, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Transfermentarium umgangen werden könne.

Zum Schluß betonte der Kanzler die Enttäuschung, die in Deutschland Platz gegriffen hat, als der Erfolg der Kan-

zler Konferenz plötzlich durch die Art entwertet zu sein schien, in der das Gentlemen-Abkommen zwischen England, Frankreich, Italien und Belgien und der französisch-englische Konsultationspakt aus Nicht-Kommen und mißverstanden wurden. Ueber die Aussichten für eine Ratifizierung des Versailler Abkommens meinte der Kanzler: „Deutschland braucht sich nicht zu beeilen, den Vertrag zu ratifizieren, sondern wird zunächst abwarten, was die anderen Mächte tun.“

Körperliche Erziehung der Jugend

Schulungskurse des Reichs für den Wehrsport

Berlin, 28. Juli. Wie dies bereits der Reichswehrminister v. Scheicher in seiner Rundfunkrede zum Ausdruck brachte, hält die Reichsregierung die körperliche Erziehung der Jugend für eine unbedingte Notwendigkeit, der man sich mehr als bisher widmen müsse. Während die bisherigen Reichsregierungen sich damit begnügten, diese Sache negativ anzupacken, d. h. durch Verbote und dergleichen festzusetzen, was als nicht erlaubt für die körperliche Ausbildung der Jugend zu gelten hätte, geht die amtierende Reichsregierung nunmehr daran, diese Dinge von der positiven Seite her anzufassen. Sie will der Jugend zeigen, was sie treiben soll. Zu diesem Zweck werden aus Reichsmitteln Schulungskurse geschaffen werden,

zu denen die Führer und Unterführer sämtlicher Verbände, die sich bisher bereits mit der körperlichen Erziehung der Jugend befaßten, eingeladen werden, um eine einheitliche Ausbildung zu erhalten. Die einzelnen Verbände werden an diesen Schulungskursen im Ausmaß ihrer bisherigen Leistungen beteiligt werden. Durch diese Kurse wird sichergestellt werden, daß im ganzen Reich

die körperliche Ausbildung der Jugend, namentlich was den Wehrsport betrifft, in einheitlicher Weise vor sich geht.

Dadurch, daß in den Schulungskursen die Sportlehrer und Unterführer sämtlicher Verbände Aufnahme finden, wird die hohe und ernste Aufgabe der körperlichen Erziehung der Jugend über den parteipolitischen Rahmen hinausgehoben und auf ein Niveau gestellt, das dem Interesse des Volkes ganz und gar dienlich ist. Die Einzelheiten unterliegen zur Zeit noch der Bearbeitung in dem für diese Angelegenheit federführenden Reichsinnenministerium. Das Reichswehrministerium ist, wenn es auch nach der ideellen Seite hin an der Förderung dieser Dinge das größte Interesse hat, in organisatorischer Hinsicht vollkommen und beteiligt. Die Vorarbeiten werden bereits in den nächsten Wochen abgeschlossen sein. Zur Aufnahme in die Schulungskurse können, wie bereits gesagt, alle Verbände, die sich bereit erklären, an dieser Erziehungsdarstellung mitzuwirken, ihre Unterführer entsenden. Eine Ausnahme ist lediglich bei den Kommunisten gemacht, da man selbstverständlich feststellen, nicht die Fürsorge des Reiches zuteil werden lassen kann.

Umfangreiche Sparmaßnahmen in Preußen

Abbau zahlreicher politischer Beamter

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Juli. Die Reichsregierung hatte von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr Eingreifen in Preußen nicht nur durch die politische Notwendigkeit, sondern auch durch die Unfähigkeit des bisherigen Amtes enthabenen Kabinetts bedingt war, endlich die so gebieterisch notwendige Verwaltungsreform einzuleiten. Nachdem nunmehr die preussischen Verhältnisse als bereinigt anzusehen sind, ist der neue preussische Innenminister nun daran gegangen, eine

größere Anzahl von Landkreisen einzusparen.

Die Einzelheiten hierüber werden noch bekanntgegeben. Abgesehen von diesen Einsparungen in den lokalen Instanzen werden weitere Maßnahmen mit dem Ziele einer Konzentration in der Zentralinstanz vorbereitet. Von besonderer Wichtigkeit ist die Willkür, daß zwischen dem preussischen Staatsministerium und der Reichsregierung Verhandlungen über eine

engere Zusammenarbeit und zweckmäßige Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich und Preußen eingeleitet worden sind. Das Neben- und zum Teil auch Gegen-einanderarbeiten, das sich bisher bei preussischen und Reichsinstanzen zeigte und das abgesehen von allen anderen mit schweren finanziellen Verlusten verknüpft war, soll durch diese Schritte wieder endgültig beseitigt werden. Man wird hoffen dürfen, daß bei diesen Verhandlungen das vorrevolutionäre Preußen zum Vorbild genommen wird, bei dem ein großer Teil der preussischen Amtsbefugnisse in den Händen der leitenden Reichsbehörden lag. Ingleich wird, wie amtlich angekündigt wird, bei diesen Verhandlungen die Frage im Vordergrund stehen,

ob die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Rotverordnung vom 8. Juni 1932 auferlegten drückenden Lasten wieder beseitigt oder wenigstens gemildert werden können.

Wie der Reichskanzler es in seinem Antwortschreiben an den deutschnationalen Parteiführer Gebelmar Guckenberger bereits angekündigt hat, sollen die Kosten des Verwaltungsapparates auf das Maß herabgesetzt werden, die es so schwer verarmte Deutschland auszubringen vermag. Das ist damit zu rechnen, daß diese auf eine weitgehende Verwaltungsvereinfachung abzielenden Verhandlungen schon in kurzer Zeit beendet sein werden.

Ganz in Einklang mit diesen Einsparungsmaßnahmen werden weitere zahlreiche politische Beamte der Regierung Braun-Severing in den Ruhestand versetzt und ihre Posten von den bereits vorhandenen Berufsbeamten mitverwaltet. Das preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 27. Juli folgende Personalveränderungen beschlossen: Der Ministerialdirektor beim preussischen Staatsministerium, Dr. Brest, wird mit Rücksicht auf die sich aus der Tatsache der Vertretung der bisherigen preussischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof für sein Amt ergebenden Schwierigkeiten in den einstweiligen Ruhestand versetzt; die Entscheidung über seine spätere Verwendung bleibt vorbehalten.

Mit der provisorischen Verwaltung der Geschäfte der Verfassungsabteilung im Ministerium des Innern wird der Ministerialrat im Innenministerium, Dr. Schüpe, beauftragt.

Der Regierungspräsident Dr. v. Wahrenfeldt in Königsberg i. Pr. wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit

der vertretungsweise Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Königsberg wird der Landrat Friedrich in Mohrungen beauftragt. Die Vizepräsidenten der Regierung in Oppeln, v. Halle, und der Regierung in Schleswig, Grimpe, werden bis auf weiteres von ihren Dienstgeschäften beurlaubt.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Dr. Bärenson in Magdeburg wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Magdeburg wird der Oberregierungsrat Freiherr v. Nordenflicht beim Oberpräsidium in Magdeburg beauftragt.

Der Landrat Staatsminister a. D. Siering in Rauen wird auf seinen Antrag aus Gesundheitsgründen zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt. Es werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt die Landräte Brandt in Veltheim, Christian in Blumenthal, Freter in Ralsau, Gungl in Goldberg, Glahn in Ullingen, zur Zeit in Elshagen, Luft in Verdauen, Dr. Widdelhaufe in Fischeb., Dr. Sommer in Verleberg. Letzterer wird bei einer Regierung wieder verwandt werden.

Der dem Landrat Curpe in Clausthal-Jellerfeld erteilte Auftrag zur Verwaltung des Landratsamtes in Goslar wird aufgehoben. Der kommissarische Landrat Holz in Wittenberg wird zum Landrat ernannt. Der Regierungsrat Dr. Ruch in Arnberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altena, Regierungsbezirk Arnberg, beauftragt. Der Landrat a. W. Dr. v. Gohler in Arnberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Verleberg beauftragt. Der Landrat a. W. Dr. Deichmann wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Elshagen beauftragt. Der Regierungsrat Needer in Rahn wird mit der vertretungsweise Verwaltung des Landratsamtes in Segeberg beauftragt.

Prinz Erbach-Fürstentum tödlich abgestürzt

London, 28. Juli. Durch einen Flugzeugunfall auf dem Flughafen von Farnham in der Grafschaft Surrey wurde gestern der Prinz Otto von Erbach-Fürstentum getötet.

Die Ursache des Flugzeugunfalls, dem der 23jährige Prinz Otto von Erbach-Fürstentum zum Opfer fiel, konnte noch nicht einwandfrei aufgeklärt werden. Man glaubt jedoch, daß die Maschine vom Pilot getroffen wurde, als sie zwischen Farnham und Elstead über dem sogenannten „Teufelsprung“ in ein schweres Gewitter geriet. Der Pilot hat wahrscheinlich in den Benzintank eingeschlagen.

Heute neuer Roman:

Der Mann im Moor

ROMAN VON ALF. XANDER

„Angleiche Rüstung Ursache der Unsicherheit“

Beachtliche englische Stimme zur Schleicher-Rede

London, 28. Juli. „Times“ schreibt: Der starke, schweigsame Mann der deutschen Regierung, General v. Schleicher, hat mit einer Offenherzigkeit gesprochen, für die die Welt ihm dankbar sein sollte. Er hat gesagt, was Deutschland empfindet; denn es ist kaum zweifelhaft, daß er der Stimmung und den Hoffnungen der großen Mehrheit seiner Landsleute treffend Ausdruck gab. Zweifellos war seine Rede hauptsächlich für das Inland bestimmt. Sie zeigte von dem politischen Verantwortungsbewußtsein eines Mannes, dessen Stellung in der eigenen Regierung unangreifbar ist, und der während einer Reihe von Jahren eine führende Gestalt in Deutschland bleiben dürfte. Seine Ansichten verdienen deshalb zweifellos die ernstesten Erwägungen der fremden Regierungen, trotz der ungewöhnlichen Methode ihrer Bekanntgabe. Außenpolitische Erklärungen sind bisher nicht durch Funktionär abgegeben worden. Aber niemand wird dem General die von ihm gebrauchte vorläufige Methode verübeln. Scharfsinnige gegen andere Länder sollten dabei allerdings vermeiden werden. Den interessantesten Teil seiner Ausführungen hätten die Bemerkungen über die Reichswehr gebildet. Er habe sie in ihrer lebhaften Form als ungenügend zur Verteidigung der Grenzen bezeichnet und hinzugefügt, daß er, wenn nicht wider Erwarten andere Länder ihre Rüstungen auf das deutsche Niveau herabzögen, die Absicht habe, die Streitkräfte seines Landes zu reorganisieren. Das Blatt meint, daß dies in einer Weise geschehen werde, die nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages sein würde.

Es sei nicht anzunehmen, daß der General geblüffte habe. Es müßte vielmehr angenommen werden, daß er den Umbau durchzuführen wolle.

Sein Plan würde zweifellos von der deutschen öffentlichen Meinung unterstützt werden. Der deutsche Wunsch nach Gleichberechtigung bilde das allerdringendste Problem der Abrüstung und sei eine der ernstesten Ursachen der Unsicherheit in Europa. Wenn nicht in einer angemessenen kurzen Zeit ein Plan vereinbarter Abrüstungseinsparungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Länder erreicht werde, dann könne als sicher betrachtet werden, daß Deutschland sich selbst als frei von den Verpflichtungen der Abrüstungskonvention des Versailler Vertrages betrachte. Nachdem es der Abrüstungskonferenz nicht gelungen sei, mit der Frage der Gleichberechtigung fertig zu

werden, werde es jetzt die dringende Pflicht der am nächsten interessierten Regierungen sein, sie auf diplomatischem Wege in Angriff zu nehmen.

Paris macht sich über Genf Gedanken

Paris, 28. Juli. Alle Blätter, die sich mit der Rüstungsfunktion des Reichswehrministers v. Schleicher beschäftigen, halten sie für bedeutungsvoll. Eine Reihe von Organen scheint die Rede vor die Frage gestellt zu haben, was nach geschähe, damit die zweite Tagung der Abrüstungskonferenz ein greifbares Ergebnis zeitigt als die erste, die Postives nicht gebracht hat. Der Führer der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, fordert im „Peuple“ die öffentliche Meinung auf, sie möge einen Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese sich zu einer endgültigen Lösung des Abrüstungsproblems bereitfinden. An der Einstellung der nationalistischen Blätter jedoch hat die Rede des Reichswehrministers nichts geändert. Der Außenminister des „Echo de Paris“ hebt zwar hervor, daß die Alternative „entweder Abrüstung der anderen oder Umbau der deutschen Wehrmacht“ noch nie von einer so hochstehenden Persönlichkeit so eindeutig formuliert worden sei. Aber er vermag daraus wieder nur die Folgerung zu ziehen, daß man die deutsche Forderung als unbegründet hinstellen und weitere Stärkung der „Verteidigung“ Frankreichs fordern müsse. In den Debattensitzungen des „Journal“ scheint die Rüstungsfunktion v. Schleichers

so große Erregung hervorgerufen zu haben, daß jedes folgende Urteilvermögen und Gefühl für den guten Ton verlorengegangen ist.

Das Blatt erklärt, die Öffentlichkeit Schleichers sei immer noch der Methode Dr. Stresemanns, die in geschäftlicher Weise angegriffen wird, vorausziehen; es befürchtet bereits eine „Rückkehr zum Regime Friedrich des Großen“ in Deutschland.

Das Organ der radikalen Partei, „Le Nouveau“, droht sich mit der Phrase, daß die französische, von Perrot vertretenen Teile bereits dahin laufe, daß die Sicherheit aller Völker organisiert werden müsse. Die Ausführungen des Blattes zeigen deutlich, daß für die deutsche Forderung nach Sicherheit nach Auffassung der „Le Nouveau“ in dieser französischen Zeile kein Raum ist.

„Petit Parisien“ ist einer der wenigen Blätter, das einsteht, daß die Rüstungsfunktion des Reichswehrministers vor allem als Ausdruck der tiefen Enttäuschung zu gelten habe, die Deutschland in Genf erleben mußte.

Vertikales und Sächsisches

Die Regierung mahnt zur Beherrschung

(N.) Die Regierung richtet an die sächsische Bevölkerung die dringende Mahnung, während der Zeit der Reichstagswahl jeden Versuch, die öffentliche Sicherheit und Ruhe zu stören, zu unterlassen und sich, wenn solche Versuche etwa doch unternommen werden sollten, fernzuhalten. Alle die Volksgenossen werden gebittet, sich zu enthalten und haben die Anweisung, gegen jede Behinderung und Störung der Ordnung rücksichtslos einzuschreiten, die unter allen Umständen aufrecht zu erhalten die Regierung gewillt und in der Lage ist.

Sachen Naget halbmaß

(St. K.) Nach einer Verordnung des Ministerpräsidenten vom 28. Juli, die im „Sächsischen Verwaltungsblatt“ vom 20. Juli veröffentlicht wird, sind zum Teilchen der Teilnahme für die Opfer des untergegangenen Sächsischen Reichsmarine „Nagel“ die sächsischen Staatsdiensthelfer, die Staatsdiener und die im wesentlichen aus Staatsmitteln unterhaltenen Stützpunktverbände am Freitag, dem 20. Juli d. J., halbmaß zu beflagen. Den Gemeindegeldbesitzern wird inbezug auf die für Sachen vorgeschlagene Beflaggung der öffentlichen und privaten Gebäude hinzugefügt.

Instandsetzungsdarlehen für Altmobiliar

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß der Reichsarbeitsminister nähere Bestimmungen über die in der Verordnung vom 14. Juni 1932 vorgeschriebenen Instandsetzungen aus Reichsmitteln für Darlehen für Instandsetzung und Teilung von Altmobiliar zu beflagen hat. Die Beobachtung der vom Reich vorgeschriebenen Bedingungen und Verfahrensvorschriften ist jedoch für weniger geschäftstüchtige Hausbesitzer und Hausverwalter ziemlich erleichtert. Deshalb hat die sächsische Regierung in Anlehnung an die Maßnahmen des Reiches für Sachen noch eine Sonderregelung in Aussicht genommen mit dem Ziel, diese Erleichterung zu beschleunigen. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung ihre Genehmigung zu der für Sachen vorgeschriebenen Regelung baldmöglichst erteilt. Für die Bezirkverbände ist für die Gewährung von Instandsetzungsdarlehen ein Betrag aus Mitteln der Mietzinssteuer bereitgestellt worden.

Im Verborgenen eines sächsischen Altmobiliar bei Pöppeln, die wir im Donnerstags-Vorabend mit, teilte das Wehrkommando mit, daß es sich um ein Jagdschloß aus der Jagdschloßzeit in Eger handelt. Der Führer ist ein Jagdschloß des sächsischen Altmobiliarregiments 1, der sich angeblich auf dem Hügel von Pöppeln nach Eger verlagert hat. Das Flugzeug war unbewaffnet.

Sachen und die Ständeburgspende. Die seit bald fünf Jahre bestehende, vom Reichspräsidenten aus den ihm zu seinem 60. Geburtstag im Jahre 1927 dargebrachten Mitteln erhaltene Stiftung „Ständeburgspende“ hat bis zum 1. Juli 1932 insgesamt 5,2 Millionen Reichsmark an Unterhaltungen ausbezahlt. Damit dürfte Ständeburg Spende zur größten privaten Wohltätigkeitsstiftung der Reichsrepublik geworden sein. Von den durch Vermittlung der Reichsregierung ausgegebenen Beträgen sind an Veteranen, Kriegswitwen und Kriegserkrankten im Reichsamt Sachen bis zu dem genannten Tage rund 877 000 Reichsmark an Unterhaltungen ausbezahlt worden.

Schweres Verbrechen an einem jungen Mädchen

Am Mittwochmorgen wurde auf der Straße Schönfeld-Ortrand eine 19 Jahre alte Arbeiterin an Schönfeld von einem zunächst Unbekannten überfallen. Der Täter riß sie vom Fahrrad, würgte sie am Hals und rente ihr die Kehle aus, um sie am Schreien zu hindern. Darauf entließ er sie und verließ sie das Mädchen. Nach dieser Tat ließ er sich hilflos legen, nachdem er ihm noch 15 RM, aus der Kasse heraus, gestohlen hatte. Der Verbrecher ergriff darauf auf seinem Fahrrad die Flucht, konnte aber noch am gleichen Nachmittag mit Hilfe der Bevölkerung von der Gendarmerie ergriffen werden. Es handelt sich um den 21 Jahre alten Antreiber Erich Petzsch in Dresden, Ferdinandstraße, wohnhaft.

Verleumdung, ihr Unterhaltung notleidender Kerle und Dinterbleibener von solchen, für Unterhaltungsleistungen und für den Verein für argente Mission.

Ein Heiligum der ältesten Christenheit aufgefunden

Entdeckungen, die auf die früheste Geschichte des Christentums in Italien neues Licht werfen, sind in der Kirche von St. Pietro ad Aram in Neapel, in der der Apostel Petrus nach der Legende gepredigt haben soll, gemacht worden. Man fand hier ein altes Gemälde, in dem die Selenite der ältesten Christen bebildert waren. In einem anderen Gemälde und in einer geheimnisvollen unterirdischen Grotte darunter ließ man auf Tausende von Schädeln und Knochen, die für über 2000 Jahre alt gehalten werden. Man nimmt an, daß man hier die Totenstadt von Paläopolis aufgedeckt habe, die einst an der Stelle lag, auf der jetzt Neapel steht. Die Kirche St. Pietro ad Aram wird mit der heiligen Gandaba in Verbindung gebracht, die von dem Apostel Petrus selbst zum Christentum bekehrt worden sein soll und den Weisheitern der Ältesten gesetzt, an dem der Apostel Petrus die Messe gelebt haben soll. Trotz dieser Legenden konnte man bisher keine frühere Nachricht von dem Vorhandensein der Kirche feststellen als aus dem Jahre 1104; erst die neuen Entdeckungen bringen eine Bestätigung der lokalen Überlieferung und lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß hier ein der ältesten christlichen Heiligum in Europa bestand. Die Funde sind auf merkwürdige Weise verpackt worden. Die Kirche, die durch die Jahrhunderte zahllosen Anführern von Sarazenen, Normannen, Spaniern, Franzosen usw. widerstanden hatte, wurde durch das Erdbeben von 1800 in ihren Grundfesten schwer erschüttert. Bei den Wiederherstellungsarbeiten fiel eine massive Mauer in der frühchristlichen Krypta auf, die Weller von einem Apollotempel erbaut. Man vermutete, daß diese Mauer weniger den Zweck der Stützung des Gewölbes als dem Schutz für irgend etwas anderes gebildet habe. Die Nachforschungen führten nun zur Feststellung der ältesten christlichen Begräbnisstätte in Neapel; es ist eine Reihe von kleineren Räumen, von denen jeder ein Steinbild mit einer Kolumbarium enthält, auf dem die Knochen der Belebten liegen; jeder dieser Räume ist zwei Meter lang. Die Räume sind mit Fresken geschmückt, die nichts von ihrem Charakter eingelebt haben. Unter diesen Räumen lag die heilige Totenstadt, in der sich Schädel und Knochen in einer noch nicht festgestellten Tiefe befinden. Archäologen und sächsische Archäologen arbeiten gemeinsam an der weiteren Erforschung des merkwürdigen Fundes. Der Archäologe von Neapel hat bei einem letzten Besuch dieses frühchristlichen Friedhofes die Graber derer festgestellt, die vielleicht noch mit Petrus das heilige Abendmahl degangen haben.

Notruf der Danziger Wirtschaft gegen Polen

Die Vertragsbrüche bedrohen die Stadt mit einer Katastrophe

Danzig, 28. Juli. Die gesamten Verbände von Handel, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft, sowie der freien Berufe im Reichsland Danzig sind heute zu einer großen öffentlichen Kundgebung zusammengetreten und haben einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Danziger Wirtschaft stellt vor aller Welt fest, daß Polen die Danzig anerkannte Konvention und Wirtschafts-gemeinschaft dazu mißbraucht, die Lebensgrundlagen der freien Stadt Danzig zu vernichten.

Ständig wachsen die öffentlichen Vertragsbrüche gegen Danzig. Täglich werden Danziger Waren und Danziger Firmen diskriminiert. Danzig, bereits durch die Errichtung des Danzener Wäldgen bedroht, wird vom politischen Abismarkt sukzessive abgesperrt, in anderen Teilen der Lebensgrundlage durch polnische Anar- und Industriearbeiter wachsende Preissteigerungen. Durch polnische Hölle und Einfuhrverbote wird zudem die alte Seehandels- und Hafenstadt Danzig vom Weltmarkt nahezu abgeschnitten. Danzig treibt einer Katastrophe entgegen.

Die Danziger Wirtschaft verlangt, daß die Regierung, wenn eine sofortige und vollständige Vertragserfüllung

stetig Polens nicht durchzuführen ist, vor den Toren der Wälder und des die Forderung aufstellt, daß das Verhältnis Danzigs zu Polen auf eine gänzlich veränderte Basis grundlage gestellt wird, die der freien Stadt Danzig und ihrer Bevölkerung wieder Lebensmöglichkeiten gibt.

Unterführung des Berliner Eisenbahnlaufs

Die Rangiermaschine hat das Gallesignal überfahren. Berlin, 28. Juli. Nach dem Verhör des Leiters der Rangierlokomotive, die gestern am Bahnhof Gesundbrunnen auf einen Personenzug aufgefahren ist, kann es als erwiesen angesehen werden, daß die Rangiermaschine das Gallesignal überfahren hat.

Rundfunkreden der Parteiführer

Die bereits mitgeteilte, spricht am heutigen Donnerstag von 10 Uhr bis 12 Uhr der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Alfred Hugenberg, über alle deutschen Sender über „Die deutschnationalen Forderungen zum Staats- und Wirtschaftsaufbau“.

Anschließend spricht der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumspartei, Justizrat Wönnig, über die Politik der Zentrumspartei.

Kunst und Wissenschaft

Neue Regelung der Verwaltungsverhältnisse in Danzenth. Die Anordnungen für das Festspieljahr 1933 scheinen nunmehr endgültig geregelt zu sein. Bekanntlich ist das Festspieljahr 1933 durch die Jubiläen der Wagnerischen Geburtstags- und Todesdaten von besonderer Bedeutung. Es soll in Anbetracht dessen einen Schritt auf dem Wege zur inneren Erneuerung der Festspielveranstaltungen bilden. Der wichtigste Punkt, die Kapellmeisterfrage, ist jetzt definitiv geregelt. Danach soll der bisherige Kapellmeister Generalverwalter werden, den früher Rud innehatte, in dieser Form nach den Differenzen mit Kurtwagner nicht mehr belegen werden. Die musikalische Forderung und Verantwortung hat der jeweilige Dirigent für das Werk, das er leitet. Im Jahre 1933 ist also Elmenhorst für die musikalische Ausarbeitung des „Ring“ verantwortlich, Toscanini für „Parsifal“ und „Die Meistersinger“, alle sächsischen Fragen, Regie, Dekoration und Kostüme unterstehen dem Generalintendanten Tietzen. Für die Besetzung der Gesangsrollen treffen Tietzen und Wintred Wagner gemeinsam eine größere Auswahl, die dem Dirigenten an endgültiger Entscheidung vorgelegt wird. Bei Uneinigkeit behält sich Wintred Wagner das letzte Wort vor. — Tietzen hat den „Ring“ einer radikalen sächsischen Neubearbeitung unterzogen, und auch die „Meistersinger“ werden von ihm vollständig neu inszeniert. Dagegen bleibt die bisherige Inszenierung des „Parsifal“ bestehen. — Da eine Sentenz der Vertriebsstellen in Danzenth schwer möglich ist, weil man bereits Minimalanlagen hat, ist eine Sentenz der Eintrittspreise für 1933 kaum zu ermäßigen. Trotzdem soll eine Preisobergrenze von 30 auf 25 Mark durchgesetzt werden.

Die neue Komödie Bernard Shaw „Au schön, um wahr zu sein“, die vor einiger Zeit in Warschau ihre Uraufführung erlebte, ist von Dr. Robert Klein für ein Berliner Theater zur deutschen Erbauung erworben worden. Englische Blättermeldungen zufolge hat Bernard Shaw für die im August stattfindende Londoner Erbauung in Warschau stark umstrittene Stück wesentlich geändert. Die Danziger ist jetzt die dramatische Porträtlernung des aus dem Weltkrieg bekannten Abenteurers Colonel Lawrence, der unter dem Namen T. B. Shaw austritt.

Um die Errichtung eines Leipziger Wagner-Denkmal. In der Leipziger Presse wird gegenwärtig der Anregung Raum gegeben, anlässlich des 50. Todestages von Richard Wagner ein Wagner-Denkmal zu errichten. Und zwar soll das bekannte Werk Max Klinger's, der ebenfalls ein Sohn dieser Stadt ist, zur Aufstellung gelangen, da damit erreicht werden muß, daß bei der ausserordentlichen wirtschaftlichen Krise an die Schaffung eines neuen Monumentes nicht gedacht werden kann.

Das nächste Sängerbundestreffen 1937. Wie die Zeitung des Deutschen Sängerbundes mitteilt, ist beschlossen worden, das nächste Sängerbundestreffen im Jahre 1937 in Leipzig zu veranlassen. Wichtigkeit wird dieses Fest den Rahmen für die Feste des 75-jährigen Bestehens des Deutschen Sängerbundes abgeben.

Anton Renner Ehrenbürger von Freiburg i. Br. Im Freiburg i. Br. erfreut sich das Freilichttheater immer größerer Beliebtheit. Hans von Borsdorff wurde vom Publikum Gustav Meyners „Alte“ aufgenommen. Die Wirkung war eine derartige, daß die Stadt dem Dichter daraufhin zu ihrem Ehrenbürger ernannte.

Preisandereisen für ein Sportdrama. Anlässlich des 15. Deutschen Turnfestes im Juli 1933 in Stuttgart erteilt das Württembergische Landesbühnenamt Stuttgart jetzt ein Preisandereisen für ein Sportdrama, das als Komödie oder Drama den Sport oder Probleme des Sportes in künstlerischer Form gestaltet. Als Endtermin für die Einreichungen ist der 1. März 1933 vorgegeben.

Neue Höhle bei Gausa Vahenhein entdeckt. Beim Schloß Vahenhein in Württemberg, wo auch die durch Wilhelm Hauffs Roman berühmte gerodete Nebelhöhle liegt, ist eine neue Höhle mit schönen Tropfsteinbildungen entdeckt worden. Diese Höhle liegt an der Zufahrtstraße zum Forsthaus Vahenhein in seinem Schloß und wird demnächst dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Stiller's materielle Nachlass. Adalbert Stiller, eine der in der Literatur nicht leichten künstlerischen Doppelbegabungen, hat in seinen Ruhestunden Bilder gemalt, die eine sehr bemerkenswerte Höhe erreichen und von denen namentlich die Landschaften gelegentlich ihrer Zeit voran sind. Der künstlerische Nachlass des Dichters, der bisher von der Adalbert-Stiller-Gesellschaft in Wien aufbewahrt wurde, ist jetzt, wie der „Weltfunk“ berichtet wird, in den Besitz der Wiener Albertina übergegangen.

Galländische Spende für das Braunschweiger Anton-Meisch-Museum. Das Braunschweiger Anton-Meisch-Museum in Braunschweig hat das in seinem Besitz befindliche galländische Rembrandt-Bild für eine in Amsterdam stattfindende Rembrandt-Ausstellung zur Verfügung gestellt. Galländische Kunstfreunde hatten dem Anton-Meisch-Museum für die Uebernahme des Bildes nun ihren Dank durch eine Spende von 2000 Mark ab. Die Summe ist für die Neueinrichtung des Hauptsaales der galländischen Schule bestimmt, ein schon lange gehegter Plan, der aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht zur Ausführung gebracht werden konnte.

Die Münchner Medizinische Wochenschrift hat wieder Ueberblick. Die Münchner Medizinische Wochenschrift, die sich vor den meisten deutschen Fachblättern nicht nur durch ihr Alter, sondern auch durch ihren materiellen Erfolg auszeichnet, hat auch in diesem schweren Jahr, ebenso wie in den beiden vorangegangenen, wieder mit Ueberblick gearbeitet. Es konnte daraus ein Betrag von 20000 Mark für wissenschaftliche und Wohlfahrtszwecke verwendet werden, so daß die Bücher der Münchner Kreislichen

Kauf dem...
während der...
weite Box...
halten. 50 000...
famen ausge...
77 Triefbrä...
stigen Wägen...
tonne. Unter...
der Einmar...
tritt von je...
Beim Abspie...
hoch. Die deut...
Aufstellung im...
Wannschaft von...
allen Gewicht...
Immer wieder...
ein. Schon...
Schilder...
gedungen...
Mit dem unent...
der Kampf für...
zumal wir den...
wommen hatten...
der Heile und...
Amerikaner...
war eine der...
Berliner in...
mehr zugest...
Die Kampf...
gähnigen An...
Spannagel...
für aberlegen...
einwandfrei na...
der ersten Run...
halte. Die...
Jagart...
man sie bei...
Es liegt...
den Amerikan...
Breiter, wurde...
besser, so daß...
zweiten Niede...
Goodman aus...
Im Februar...
sofer dem...
einen harten...
begehrte Sch...
seinen Punkt...
Im Verborg...
Der Belg...
ersten Wog...
los und drän...
teiligung. No...
und erhielt...
gepflogen...
Eine entlic...
Campe; der...
angehen hat...
Berliner Volk...
fam. Mit ein...
schen, aus dem...
in der ersten...
berendet...
Für die D...
Der St...
Das Dres...
unter Vor...
Waldschütz...
hannes Rur...
transportgef...
Am Wor...
der Volk in...
zusammenho...
der den End...
lassen hatte...
entgegenkom...
den harten V...
worden war...
wars jahren...
wegen, daß...
dem Aufsam...
Sie erlitten...
lebenden st...
trollen sich...
an der Volk...
Pille. Der...
Dem An...
affid infere...
ordnung...
tigt haben...
ist, gab dem...
Einigenform...
möglich ge...
halb er...
Grü beim...
niert, aber...
zum Lieben...
Das Ger...
mung einer...
Unfallfelle...
dung in...
100 Mar...
kangnis. W...
Abholung der...
Das Gericht...
Wohnungen...
dienen, daß...
geleitet hat...
In den...
Schänt...
von Lind...
und haben...
wie eine...
Am 21...
Grund...
ein...
Schwartz...
In der...
Grenzn...
die...
Vertra...
1932 von 11

